

Einbürgerungs-Wahnsinn in Bayern: Tausende Anträge stauen sich!

Bayern verzeichnet einen Anstieg der Einbürgerungsanträge seit der Reform 2024. Aktuelle Herausforderungen und Wartezeiten im Fokus.



München, Deutschland - Die Einbürgerung in Deutschland hat in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen, insbesondere seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Sommer 2024. Die Ampel-Regierung hat diesen Prozess maßgeblich erleichtert, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. **Die PNP** berichtet, dass seit Inkrafttreten der Gesetzesänderung am 27. Juni 2024 deutlich mehr Anträge in den bayerischen Kommunen eingehen. In der Landeshauptstadt München gibt es derzeit rund 32.500 offene Einbürgerungsanträge, was einer Verdopplung der Antragszahlen im Vergleich zu 2023 entspricht.

Die Entwicklung ist landesweit spürbar: 2023 wurden in München etwa 10.300 Anträge gestellt, während es 2024 bereits

20.600 sind. In Nürnberg sind aktuell rund 7.000 Anträge unbearbeitet, ebenfalls mit einer signifikanten Steigerung seit Anfang 2024, als bereits über 2.200 Anträge eingereicht wurden. In diesem Kontext beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in München etwa 18 Monate, in Nürnberg liegt sie bei sechs Monaten.

Einblick in die aktuellen Zahlen

Die Zahl der Einbürgerungsanträge ist nicht nur in Bayern gestiegen. **Die Tagesschau** berichtet, dass bundesweit die Anträge in den letzten zwei Jahren um 50 Prozent zugenommen haben. Im Jahr 2022 stellten 81.007 Personen einen Antrag auf Einbürgerung; 2023 waren es bereits 122.882. Rund 20 Städte verzeichnen über 217.000 laufende Verfahren, was zu erheblichen Verzögerungen führt.

Die Bearbeitungszeiten können in einigen Kommunen bis zu mehreren Jahren betragen. In Frankfurt am Main warten Antragsteller über acht Monate auf einen Vorsprechtermin, gefolgt von einer Bearbeitungszeit von 14 Monaten. Auch in Leipzig beträgt die Wartezeit bis zur Antragstellung über 50 Monate. Diese Situation wird durch die Komplexität der neuen Rechtsregelungen und die damit verbundenen zusätzlichen Prüfungen verschärft.

Herkunftsländer und demografische Aspekte

Im Jahr 2023 wurden in Deutschland insgesamt rund 200.100 Ausländer eingebürgert, die höchste Zahl seit 2000. **Destatis** verzeichnete einen Anstieg um etwa 31.000 Einbürgerungen (+19%) im Vergleich zum Vorjahr. Über 56 Prozent der Eingebürgerten stammten aus Syrien, Türkei, Irak, Rumänien und Afghanistan. Besonders bemerkenswert ist, dass syrische Staatsangehörige mit 75.500 Personen die größte Gruppe unter den Eingebürgerten darstellen, was einen Anstieg von 56% im

Vergleich zum Vorjahr bedeutet.

Viele der neuen Staatsbürger waren im Durchschnitt 29,3 Jahre alt, und 64% unter den syrischen Eingebürgerten waren Männer. Insgesamt wurden 28.000 Syrer ohne die Mindestaufenthaltsdauer eingebürgert, viele von ihnen waren Ehegatten oder minderjährige Kinder.

Angesichts der Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts, die einen Anspruch auf Einbürgerung nach nur fünf Jahren Aufenthalt vorsehen, könnten die Antragszahlen weiter steigen. Dies wird jedoch von der voraussichtlichen neuen Bundesregierung aus Union und SPD in Frage gestellt, die plant, diese Regelung abzuschaffen. Dies könnte zu erneuten Verzögerungen im Einbürgerungsprozess führen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einbürgerung in Deutschland im Zuge der Reformen an Bedeutung gewonnen hat, jedoch ganz unterschiedliche Herausforderungen mit sich bringt. Die Kommunen stehen unter Druck, die zahlreichen Anträge zeitnah zu bearbeiten, während die Antragsteller oft mit langen Wartezeiten konfrontiert sind.

Details	
Vorfall	Migration
Ursache	Antragsstau, fehlendes Fachpersonal, stockende Digitalisierung, Identitätsklärung
Ort	München, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.tagesschau.de• www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de